

Merseburger Tageblatt

(Kreisblatt)

Unparteiische

Zeitung für Stadt und Kreis Merseburg

mit Amtlichen Anzeigen der Merseburger Kreisverwaltung und anderer Behörden

Nr. 153.

Mittwoch, den 14. Juli 1920.

160. Jahrgang.

Tageschronik

Wahlleiter Aufschlag auf Feldmarken Sibdenburg.
Immer noch keine Lösung der Kohlenfrage in Spaa.
Neue deutsche Kohlenvorschlüge.
Ein deutscher Expofee über die Ernährungsfrage.
Einladung Deutschlands zur Brüsseler Finanzkonferenz.
Beschluss der Spaa-Konferenz.
Zweites über die Regelung der Danziger Frage.
Die Volkskammerkonferenz gegen wirtschaftliche Notstandsgesetze.
Die Unabhängigen und die Kriegsschuldfrage.

Die Kohlenfrage noch immer ungeklärt.

Die Dienstag-Sitzung der Spaa-Konferenz.
Die Lösung der Kohlenfrage auf der Spaa-Konferenz wird immer schwieriger. In der Dienstag-Sitzung wies Minister Simon's nochmals auf die Schwierigkeiten hinsichtlich der Lieferfähigkeit der Arbeiter infolge der ungenügenden Produktion hin. Die Produktion sei noch immer durch die Hungerkatastrophe geschwächt. Ein Vertrag ohne ihre Zustimmung sei unmöglich. Sie würde also das Selbstleben haben, in die Slawerei verkauft zu werden. Deutschland könne nicht über die Zugeständnisse der Nachbarländern hinausgehen. Bei besserer Ernährung könne man vom 1. Oktober ab von 24 000 auf 50 000 Tonnen für den Verbrauch gehen, bei Besserung der Wohnungsverhältnisse von 1. Oktober ab auf 68 000 Tonnen. Ein Grund für die geringe Förderung sei die andauernde Unruhe in Oberschlesien, wo fast zu arbeiten politisch viel distanziert werde. Von größter Bedeutung sei die Beilegung der Abkommens- in Oberschlesien, noch besser als keine Abkommens- in Oberschlesien. Für Polen nur von materiellem, nicht politischer Bedeutung sei. Für alle zu versorgenden Länder, Polen, Tschechien, Dänemark und Österreich, sei es vorzuziehen, wenn Oberschlesien deutsch verwaltet werde. Wenn die Unterteilung der Abkommens- seit befristet sei, werde die Produktion gehoben und die Aufgaben von Lieferungen an die Alliierten können erheblich erleichtert werden.

Declaratio wies in getragenen Worten auf den großen Ernst der Lage infolge dieser Erklärung hin, die eine schwere Entscheidung für die Alliierten bedeuete. Sie seien ohne Winterernte nach Spaa gegangen (!), in der Nacht, einen wirklichen Frieden herbeizuführen und hätten ihre Forderungen von 3 Millionen auf 24 und schließlich auf 2 Millionen Tonnen pro Monat herabgesetzt. Trotzdem sei Deutschland nicht bereit, auf diesen Plan einzugehen. Mit diesen Worten schloß er die Sitzung und befehlt sich vor, eine neue Sitzung einzuberufen.

Danach ist als nächst eine Sitzung eingetreten. Auf deutscher Seite hält man daran fest, daß es am besten wäre, wenn eine Kohlenkonferenz in Essen stattfände. Wenn die Alliierten sich dazu nicht bereit fänden, so muß die Einsetzung der Reparationskommission überlassen bleiben. Wenn man nach diesen Worten eine erhebliche Kohlenförderung der Arbeiter zuzumuten wollte, dann würde die deutsche Lage sehr schwierig werden. So muß die Verantwortung von den Alliierten getragen werden und auch die Durchführung übernommen werden, wenn sie an ihrer Absicht nicht scheitern sollten.

Personliche Besprechung zwischen Millerand und Simon's.

Spaa, 13. Juli. Millerand und Simon's haben gestern nachmittags eine persönliche Besprechung gehabt.

Der neue deutsche Kohlenvorschlag.

Wie Gönas aus Spaa meldet, hielten die deutschen Kohlenaufsehenden gestern Vormittag eine Sitzung ab, bei der die Alliiertenvertreter in offizieller Form teilnahmen. Die deutschen Sachverständigen machten den Vorschlag, monatlich 1 000 000 Tonnen zu liefern, die Verteilung ab 1. Oktober auf 1 400 000 Tonnen zu erhöhen und, falls eine Besserung in der wirtschaftlichen Lage Deutschlands eintrat, schließlich auf eine Lieferung von 1 700 000 ab 1. Oktober zu kommen.

Einzelheiten aus der Montag-Beratung.

Ueber die Montag-Beratungen in der Kohlenfrage, bei denen die Alliierten 24 Millionen Tonnen jährlich forderten,

während die deutschen Vertreter 13 Millionen anboten, wird noch berichtet, daß Dr. Simon's nach nochmaliger Beratung mit den Sachverständigen erklärt habe, Deutschland wolle 300 000 monatlich mehr liefern, wenn die Ernährungsverhältnisse der Ruhrgebiete verbessert würden. Millerand stimmte dieser Anfrage bei und erklärte, bei gutem Willen Deutschlands werde die Grenze der Mittel prüfen, um den deutschen Bergarbeitern die schließlichen Ernährungsfragen zuzumuten zu lassen. „Matin“ meint, man werde bis Freitag zu einem Einvernehmen in der Kohlenfrage kommen, daneben werde es nicht möglich sein, in der Ernährungsfrage bestimmte Äußerungen zu machen. Nach der Ansicht eines der einflussreichsten Persönlichkeiten der Konferenz, fomme der Brüsseler Konferenz große Bedeutung zu, denn die Not werde dazu zwingen, die Finanzminister der ganzen Welt in Besprechungen zueinander zu bringen.

Bemerkenswert ist noch, daß Dr. Simon's bei seinem Vortragen der Produktionssteigerung im nächsten Jahre bis zu einer Million Tonnen monatlich erklärte, daß man diese Steigerung durch die Einstellung neuer Arbeiter und Ermittlung der nichtarbeitenden Bevölkerung im Ruhrgebiet zu erreichen hoffe.

Die Haltung der Bergarbeiter.

Wie unser Berliner Vertreter erzählt, werden die Bergarbeiterverbände in den nächsten Tagen zu den Kohlenverhandlungen in Spaa Stellung nehmen. Aus Spaa wird uns gemeldet, daß der sozialdemokratische große Bergarbeiterverband seinen Mitgliedern den Beschluß vorlegen wird, eine weitere Erhöhung der Arbeitszeit rundweg abzulehnen, mit der Begründung, daß die jetzigen Arbeitsleistungen das Maximum erreicht hätten. Es wird empfohlen, die Wohnungsverhältnisse und Ernährungsbedingungen zu verbessern, damit die Arbeitskräfte im Ruhrgebiet verbessert werden können.

Die Ernährungsfrage Deutschlands.

Ein deutscher Expofee für die Spaa-Konferenz.
Der Reichsernährungsminister hat durch die deutsche Delegation der Spaa-Konferenz ein ausführliches Expofee über die Ernährungsfrage Deutschlands unterbreitet, das in folgender Fassung lautet:

Unter Berücksichtigung aller vorgetragenen Umstände, nämlich der Verminderung der Produktion, der Vermehrung und des Ausmaßes der Beschäftigten, des Verlustes der Einfuhrüberschüsse Deutschlands für das nächste Wirtschaftsjahr auf zwei Millionen Tonnen Getreide, zwei Millionen Tonnen Futtermittel, 750 000 Tonnen Getreide, 180 000 Tonnen Fleisch und Speck, 140 000 Tonnen Fett, 500 000 Fische, ferner 500 000 Tonnen Holz und Kohle und die zu seiner Aufrechterhaltung notwendige Menge von 350 000 Tonnen Schwefelkohlenstoff im Gesamtwert von 3 300 000 Goldmark. Die befriedigende Regelung der Ernährungsfrage in Deutschland ist und bleibt die erste und wesentlichste Voraussetzung für den Erfolg aller anderen Maßnahmen zur Lösung der Weltwirtschaftsfrage Deutschlands. Die deutsche Delegation schlägt daher vor, die Konferenz in Spaa wolle beschließen, daß eine Kommission aus Sachverständigen der einzelnen Länder mit größter Beschleunigung zusammentritt, um über die Maßnahmen zur Verbesserung der Ernährungsfrage in Deutschland zu beraten und den auf der Konferenz in Spaa vertretenen Mächten dahingehende konkrete Vorschläge zu machen.

Die Beratung der Finanzfragen.

An der Montagberatung über die Finanzfragen in Spaa, die den Charakter einer Vorberatung hatte, nahm der deutsche Expofee Finanzminister Dr. Wirth, Staatssekretär Bergmann, Dr. Wiedfeld und Melchior. Beschlüsse zu fassen, liegt außerhalb der Aufgaben dieser Kommission. Die Deutschen erläuterten ihren Vorschlag, die Alliierten sprachen den Wunsch aus, daß für die Annahme der in dem Zusammenfassenden Expofee enthaltenen Vorschläge die deutschen Vertreter erklären, darüber der Delegation berichten zu wollen. Ueber diese Fragen werden die Kabinettsmitglieder einverstanden.

Warum Millerand in Spaa blieb.

Laut „Echo der Paris“ soll der Entschluß Millerands, in Spaa zu bleiben, auf den Einfluß Lloyd Georges zurückzuführen sein, der erklärte, das englische Volk und insbesondere das Parlament würden den raschen Abbruch der Verhandlungen nicht verstehen. Man müsse den Beweis liefern, daß kein Mittel in der Welt gelassen sei, zu einer Ausfüllungsmöglichkeit des Friedensvertrages zu gelangen. Nach dem „Matin“ hielt auch die Delegation des Ruhrgebietes eine Note, da Gefahr bestehe, daß bei Erreichung dieses Mittels die Bergarbeiter aller Länder sich zu einer gemeinsamen Bewegung vereinigen würden.

Anzeigenpreis Der 6sp. Wilkin-Saßraum 30 Pfg. Der 3sp. Wilkin-Saßraum 1 Pfg. Die folgende Monatsaufteilung wird vom Besteller auf kleine Anzeigen in Zahlung genommen. Bittersack 50 Pfg., Porto besonders. Norm. Anzeigen 11 Pfg. norm. Fernsp. 100. Erfüllungsort Merseburg. Belegnummer wird berechn.

Der deutsche Sieg in Ost- und Westpreußen.

Der nationale Zusammenhalt des deutschen Volkes ist, nach dem schweren Frieden von Versailles, außerordentlich gefördert worden. Angesichts der erschütternden Wiederherstellungsbedingungen, die in Spaa gegeben werden, wird das deutsche Volk noch mehr die Probe von der Stärke seines nationalen Solidaritätsgefühls abzugeben haben. Wenn auch der ständige Abstimmungsstief in Ost- und Westpreußen geeignet ist, in Bezug auf die künftige Entwicklung der nationalen Zusammengehörigkeit des schwergeprüften deutschen Volkes optimistische Stimmungen zu erzeugen, so werden wir doch mit allem Nachdruck betonen müssen, daß es in Zukunft für unsere deutschen Volksgenossen noch weit härter darauf ankommen wird, ihr Deutschland bis zum äußersten zu verteidigen. Aus diesen Gründen wollen wir an Stelle des Siegesjubels uns ernsthaft der Würdigung des Abstimmungsereignisses im Osten hingeben, um auch praktisch und moralisch daraus etwas zu lernen.

Wir wollen es gleich offen aussprechen, daß wir den deutschen Abstimmungsstief in Osten von vornherein als ganz selbstverständlich angesehen haben. Für so verworfen haben wir niemals Deutsche gehalten können, daß sie aus irgendwelchen persönlichen Interessen ihre Stimme für Polen abgeben haben würden, das von dem ersten Augenblick seines Bestehens an sich als verurteilt und gemeiner Feind der deutschen Sache gezeigt hat. Unter dem Schutze der siegreichen Alliierten haben die Polen eine ununterbrochene Kette von verbrecherischen Gräueltaten gegen das Deutschland auf sich gehäuft. Sie haben das zusammengebrochene westliche Deutschland heimtückischerweise angefallen und ihre räuberischen Hände nach deutschem Gebiet ausgestreckt, um die frische Jahrbundertelanger deutscher Arbeit für sich einheimen zu können. Und in der Bestalt ihrer rohen Unkultur haben sie es gewagt, deutsche Bürger zu mißhandeln. Wahrhaftig, wer bei der Abkommens- als Deutscher ihnen seine Stimme gegeben haben würde, der hätte einen schändlichen Verrat an seinen deutschen Volksgenossen geleistet. Bei einem Siege Polens wäre die Schuld daran, daß polnische Wehrgänge die Ämte auf den Rücken deutscher Bürger niederzuschleudern ließen, auf das schändlichste Haupt dieser Verbrechen gekommen. In der Stunde im Osten, die in einem herrlichen Ernst der Stunde sich als freie Männer zum deutschen Volk und zum deutschen Land bekannt haben, sie werden sich offen bewußt gewesen sein, daß ein harter Weg schwerer Entbehrungen und furchtbarer Sorgen vor dem ganzen deutschen Volk liegt. Und wie sie bisher in so vielen Fällen die Beweise treuester Pflichterfüllung gegenüber dem deutschen Lande gegeben hatten, so werden sie auch in Zukunft dem schweren Werte zur Wiederherstellung Deutschlands ihre Mitarbeit schenken. Und angesichts der Treuebeweise unserer Brüder im Osten müssen alle übrigen Deutschen in der Erkenntnis der ersten Lage unseres Landes Treue mit Treue vergelten und sich jeder Volksgenossen würdig zeigen. Wir haben allen Grund, diese Mahnung in eindringlicher Form hier auszusprechen, denn wir hatten unsere Augen nicht verschließen von den ersten und harten Todsünden gegenüber, die wir an verlassenen Stellen in Deutschland beobachtet. So schwer es uns auch wird, es auszusprechen, müssen wir hier die Feststellung treffen, daß es in Deutschland nicht wenige solcher schwergefallenen Mitbürger gibt, die mit dem Gedanken hüten, aus eigenmächtigen Interessen in Gemeinschaft mit unseren Germanen diese zu verletzen, die dem Interesse der Erhaltung Deutschlands fröhlich zuwider laufen. Bedäuflich Bedenken zu machen, daß heute keine Hand mehr. Darum sei offen gesagt, daß in Bayern und im Rheinland Anbahnungsversuche an Frankreich im Gange sind. Der bayerische Zentrumsführer Dr. Seim, samt, wenn er will, sich durch diese Bemerkungen persönlich getroffen fühlen. Seine Tätigkeit im Dienste des bayerischen Separatismus wirft den Verdacht auf ihn, daß ihm der Gedanke der Erhaltung der Einheit des deutschen Reiches in den letzten Monaten ziemlich fremd geworden ist. Obwohl man durchaus keinen Beweis gegen ihn hat, daß er direkt mit Engländern und Franzosen verhandelt, besteht die nicht unmögliche Tatsache, daß es ihm bisher nicht gelungen ist, sich von dem schweren Verdacht landesverräterischer Untreue zu reinigen. Als führender Kopf der bayerischen Volkspartei fällt ihm die Verantwortung dafür zu, daß maßgebende Mitglieder dieser Partei und vor allem Dinge ein Teil ihrer Bestrebungen offen und unerhört den Gedanken einer „vorübergehenden“ Loslösung von Deutschland und einer Annäherung an Frankreich propagiert wird. Aber die Bayern stehen durchaus nicht allein da. Am besetzten Rheinland gibt es eine

ben können, und wie man sich eine Frau unter die deutschen Frauenbewegungen rechnen kann. — Nun kam der Vortragende auf die Dürst zu sprechen: Marie Mabeine und Hermine von Preußen, die eine ganze Reihe von Geschichtsbüchern geschrieben haben, haben wohl leben gesund den beiden Menschen durch ihre finanzielle Dürst ab. Nicht ganz so brillant aber hat die Geschichte von Marianne Müller, einer Dichterin, die die Dichterin in der ersten Hälfte des Jahrhunderts aber ohne künstlerische Dürst und Hölle. Eine viel geistigere Persönlichkeit ist Maria Müller. Ihre geistige Dürst und warmes Mitgefühl zeichnet sie aus. Sie hat ein stark soziales Bewusstsein. Doch auch in der neuesten Frauenbewegung haben sie eine, die aufwärts sieht. Helena Böhm, ist am meisten bekannt durch ihre wahrhaft sonnenhaften Gedichte. Ihr dichterisches Empfinden war sehr in der Heimat. Im Mittelpunkt ihrer Erzählungen (Ereignisse, mit dem Namen (Schicksal, u. a.) steht fast eine Frau, eine werdende Mutter oder ein junges Mädchen. Einen Namen hat sie sich durch ihren Roman „Der Ranglerbahnhof“ erworben. In allem aber ist sie Dichterin, die auf unerschöpflichen Boden steht.

Der erste Rater hat sich einen Namen durch ihren Roman „Aus alter Familie“ geschaffen. Alle Werke sind von tiefer Leidenschaft und artem Kampf erfüllt. Auch wenn sie keine Stoffe behandelt wie „Im Tränenhaus“ so wirkt das nur tiefergehend. Trotzdem sie vom Kampf durchdringt, sind ihre Erzählungen nicht geräuschvoll. Das eine Werk ist in der „Welt“ „Schweizer Elisabeth“, die der Vortragende vorlas, so recht zum Ausdruck. An den nächsten 3 Vorträgen wird Direktor Reibhahn weiter über deutsche Frauenbewegung sprechen. Hoffentlich sind die Abende, die dies bieten werden, recht besucht.

Steuerarten.

* Es liegt Veranlassung vor, nochmals darauf hinzuweisen, daß für alle diejenigen Personen, welche einen Lohn oder Gehalt, sei es in Bargeld oder in Naturalien, bei diesen Firmen, Privatpersonen oder sonstigen Dienststellen beschäftigt werden, Steuerarten gemäß § 46 des Reichs-Einkommensteuergesetzes vom 29. März 1920 auszufüllen sind. Hierunter fallen insbesondere auch Dienstboten, Lehrkräfte, Aufwärtinnen, Gehilfen und dergleichen. Nur in solchen Fällen, wo statt des Markenlebens die unmittelbare Ueberweisung des Steuerabzugs an die Behörde (Einkommensteueramt) genehmigt ist, bedarf es der Ausfertigung einer Steuerkarte nicht. Unter Verwendung der Bescheinigung vom 14. Juni 1920 V. 885/120 in sämtlichen Amtsblättern vom 16. Juni 1920 machen wir nochmals auf die Beantragung der Steuerarten in unserem Steueramt mit dem ausdrücklichen Hinweis aufmerksam, daß sich die Arbeitgeber bei jeder Lohnzahlung davon zu überzeugen haben, ob jeder Arbeitnehmer im Besitze einer Steuerkarte ist. Auch hastet der Arbeitgeber gemäß § 50 des oben erwähnten Gesetzes dem Reich für die Einbehaltung und Entrichtung des Steuerabzugs neben dem Arbeitnehmer als Gesamtschuldner. Die Arbeitnehmer haben die Steuerarten dem Arbeitgeber bei der Lohnzahlung zum Einlegen und zur Entrichtung der Steuerarten vorzulegen. Da es sich bei dem Steuerabzugsverfahren nicht um eine Veranlagung zur Steuer handelt, so spielt die Wiederholt aufkommende Frage: ob das Neben dem Steuerarten wegen Geschäftstätigkeit des Einkommens gerechtfertigt ist, keine Rolle. Diejenigen Arbeitgeber, welche noch mit der Beantragung der Steuerarten für ihre Arbeitnehmer im Rückstande sind, wollen daher die Ausfertigung der Karten nummehr spätestens binnen 8 Tagen unter Beifügung des in der oben erwähnten Bescheinigung vom 15. Juni 1920 genannten Verzeichnisses in doppelter Ausfertigung im Steueramt einbringen.

Aus Provinz und Reich

Erklärung eines Kriegsvertrages.

** C. 19. 12. Juli. In dem Aufgebotsverfahren zum Abbruch der Verdammung des Kriegsvertrages hat das Amtsgericht in Schwabing für Recht erkannt, der verfallene Robert Seyfarth wird für tot erklärt. Als Zeitpunkt des Todes wird der 10. August 1916, mittags 12 Uhr, festgesetzt.

Für den Elster-Saale-Kanal.

† Schwabing, 13. Juli. Die Leipziger Handelskammer protestiert in einer Entschließung gegen die erneute Einsetzung Leipzigs bei den Verhandlungen betreffend Berechtigung der Wasserarbeiten. Die Kammer fordert in Uebereinstimmung mit dem Räte der Stadt Leipzig, daß das Reich sich verpflichtet, auch den Elster-Saale-Kanal zu bauen und die Kanalisation der Saale durchzuführen und damit eine schiffbare Wasserstraße von Leipzig nach der Elbe zu schaffen.

Explosierende Benzinfässer.

† Goslar, 13. Juli. In den Stellräumen des hüttenmännischen Instituts der Bergakademie in Clausthal explodierten mehrere Benzinfässer. Es gelang der Feuerwehrlösch, den Brand auf seinen Herd zu beschränken. Der Hausmeister, der in den unteren Stellräumen beschäftigt war hat bei der Explosion starke Brandwunden erlitten.

3 Millionen für Wohnungsbauten.

† Ludwigsburg, 13. Juli. Die Stadtverordneten bewilligen, da wegen der Ziehung der Baufosten die bisher ausbehaltenen zwei Millionen Mark zur Fertigstellung der städtischen Wohnungsbauten nicht ausreichen, weitere drei Millionen Mark für diesen Zweck, als die Mittel ausgenommen werden sollen.

Der Raub aus der Münchener Kasse.

München, 1. Juli. An der Nacht vom 29. November wurden aus dem Kassenschrank des Büros der Münchener Kasse 200 000 Mark Bargeld und Wertpapiere geraubt. Nummern der es gelungen, den Haupttäter in dem Ladierer Danziger festzunehmen. Mitbeteiligt ist der Tapezierer Bach, der in Berlin verhaftet werden konnte. Es sind noch 139 000 Mark beschlagnahmt. Die Mutter des Danziger hat, wie jetzt mitgeteilt wurde, dafür gebetet, daß der Einbruch gelingen möge.

Turnen, Spiel und Sport

Die olympischen Spiele

des Altertums sind nach anderthalb Jahrtausenden wieder erstanden. Es waren es nur Griechenlands Männer und Jünglinge, die sich alle vier Jahre einmal zu einer Olympiade eingefunden haben. Heute sind es die Athleten der ganzen Welt, die ihre Kräfte überall dorthin senden, wo olympische Siege zu erringen sind. Aber nur sehr wenige haben wir Deutsche errungen. Wie schwach waren unsere Leistungen gegenüber denen, die von Engländern und aus dem Norden kommenden Männern beachtet worden sind. Und warum das? Weil uns die staatliche Unterstützung und Anerkennung gefehlt hat. Heute werden wir ihrer teilhaftig und mit Macht strebt auch bei uns der Sport aufwärts. Aber noch sind nicht alle Hindernisse überwunden. Die Diplomatie der fremden Staaten nimmt dem Sport die Möglichkeit, seine Ideale zu verwirklichen. Die Mittelmächte haben zu den besitzlosen Spielen in Antwerpen keine Einladung erhalten. Sehr viele

ehrliebe Sportleute des Auslandes haben sich bemüht, dies sühnen in eigenen Lager zu wirken; sie haben nicht viel erreicht, aber auch ohne Erfolg sind ihre Bemühungen nicht geblieben. Es macht sich drücken schon ein Umstürzen herbeigewandt. Und nun dürfen auch wir nicht rasen und rufen. Die Lande mit gewaltigen Veranlassungen warten. Wir wollen der ganzen Welt zeigen, was wir leisten können. Wir wollen ihr klar machen, daß die Weltspiele in Antwerpen den Namen Weltmeisterschaften zu Unrecht führen. Es gibt solange keine Weltmeisterschaften, solange sie nicht für die Sportleute aller Nationen offen sind. Darum schafft im ganzen Reihe sportliche Veranlassungen, die würdige Gelegenheiten zu Antwerpen sind. Ihre ersten den Kampf zur Wahrung des Ruhmes und der Ehre des besten Sports mit der Ausrichtung des Marathonsaals am 25. Juli. Der Marathonsaal ist im olympischen Programm das bedeutendste Rennen und sehr unsere Streckenläufer dafür qualifiziert sind, haben sie oft genug assistiert. Die Heforbe Hempels und Wartenburg, die abnehmende Ebene Albrechts und das vorläufige Rennen aller übrigen Läufer bei den diesjährigen Rennen hereditären zu der Ausnahme, daß wir gerade in dieser klassischen Sportart, Herborraades leisten werden. Darum mögen alle Verbände und Vereine, die Presse und alle Götter des Sports diese Veranlassung träftig unterstützen. Um einen Massenlauf zu ermöglichen erhält jeder Läufer, der die 42 Kilometer in 3 Stunden und 15 Min. zurücklegt, ein Anzeichen des unerschöpflichen Wetters noch erweitert.

Nicht nur die deutsche Sportwelt, sondern auch das ganze Ausland, das besonders unterrichtet werden will, sieht dem Ausgange des Deutschen Marathonsaals mit großer Spannung entgegen.

Antwerpen sind zu richten an: Kris Weidie, Berliner Athletik-Klub, Berlin-Mitte, Lindenstraße 12. Hier sind auch Aufschreibungen für den Marathonsaal sowie für das gleichzeitig stattfindende „Große Nationale Sportfest“ einzuholen.

W. f. L.-Meisterschaft am benannten Sonntag erschließ in Raumburg.

Von den hiesigen Turnvereinen konnte die Turnabteilung W. f. L. am besten absteigen. Der auch in Sportkreisen am bekanntesten Solzhafen wurde Gemeinester über 100 Meter. Die Erste Faustballmannschaft errang sich nach harten Kämpfen gegen Tammendorfer L. 20: 49 und Weihenstephaner L. 29: 37 die Gesamtsiegerstellung. Nach dem Kampf für Turner erfohlen 6 Teilnehmer als Sieger geschickt werden. Ebenfalls wurden beim 4. Kampffür Damen von 7 Turnern nicht weniger als 6 Sieger. So riefen außerdem in der ersten Stufe 8 Sieger. Mit diesen Erfolgen darf W. f. L. mit Recht stolz sein. Allen Siegerinnen und Siegern auch an dieser Stelle ein kräftiges „Gut Heil“.

h. Reichstagsliche Kreismeisterschaften in Halle am 18. Juli werden auf dem Sportplatz des W. f. L. Halle 96 (am 100) die diesjährigen reichstagslichen Kreismeisterschaften ausgetragen. Aus diesem Grunde sind Veranlassungen der Saale für diesen Tag unterlassen. An dieser Veranlassung werden gute Reichstagsliche auch von hier (W. B. Hofenloffen) am Start beteiligt sein.

h. Städtefest Halle—Frankfurt und Magdeburg. Der Saalegau hat folgende Städtefestspiele abgeschlossen: Am 5. September gegen Frankfurt in Halle und am 17. November gegen Magdeburg in Magdeburg.

Ämtliche Anzeigen

für den Kreis Merseburg.

Erscheint Mittwochs und Sonnabends. — Zu beziehen durch sämtliche Postanstalten zum Preise von 2.40 Mk. vierteljährlich oder 80 Pfg. monatlich.

Stück 49.

Merseburg, 14. Juli

1920.

339 Bekämpfung der Raupenplage!

Ich habe Veranlassung auf die nachstehende Polizeiverordnung erneut hinzuweisen.

Polizeiverordnung.

Auf Grund der §§ 6 u. 15 des Gesetzes über die Polizeiverwaltung vom 11. März 1850 (Gesetzsammlung S. 265) und des § 142 des Gesetzes über die allgemeine Landesverwaltung vom 30. Juli 1833 (Gesetzsammlung S. 195) wird für den Umfang des Kreises Merseburg unter Zustimmung des Kreis Ausschusses nachstehende Polizeiverordnung erlassen:

§ 1.

Besitzer und Pächter von Obstbäumen und lebenden Hecken sind verpflichtet, die Raupen und Raupennester des Goldastfers, Ringelspinner, der Apfel- und Heckenespinnmotte, sowie der Blausäule an den Apfelbäumen zu vernichten. Die Bekämpfung der Raupen muß im Mai, Juni und Juli und die der Blausäule während des ganzen Jahres zu erfolgen. Bis 15. Februar i. Jahres müssen die Raupennester beseitigt sein.

§ 2.

Zumiderhandlungen gegen diese Verordnung werden, soweit nicht nach dem Reichsstrafgesetzbuche höhere Strafen verwirkt sind, mit Geldstrafe bis zu 30 \mathcal{M} . an deren Stelle im Unvermögensfalle entsprechende Haft tritt, bestraft.

§ 3.

Vorstehende Polizeiverordnung tritt mit dem Tage ihrer Bekanntgabe im Kreisblatt in Kraft.

Merseburg, den 5. Oktober 1919.

Der königliche Landrat.

J. B.: gez.: von Grone.

Veröffentlicht:

Merseburg, den 7. Juli 1920.

Der kommissarische Landrat.

J. B.: Kürsten, Kreisobersekretär.

340 Kreis schulaufsichtsbezirke.

Vom 1. Juli ds. Jrs. ab sind folgende Schulen:

1. die bisher zur Kreis schulaufsicht Merseburg zugehörten, dem Kreis schulinспекtor in Mückeln unterstellt:
in Bennsdorf, Cracau, Großarämsdorf, Kleinlauchstedt, Kriegstedt, Lauchstedt, Naundorf, Niederelbican, Schafstädt und Schotterey,
2. die bisher zur Kreis schulaufsicht Weiskensfeld gehörten, dem Kreis schulinспекtor in Merseburg unterstellt:
in Altranstädt, Dürrenberg, Großlehma, Reuschberg, Abtschau, Lennowitz, Detich, Forst, Rampitz und Wolkau.

Merseburg, den 6. Juli 1920.

Der kommissarische Landrat.

J. B.: Kürsten, Kreisobersekretär.

341 Viehseuchenpolizeiliche Anordnung.

Zum Schutze gegen die Maul- und Klauenseuche wird auf Grund des § 18 ff. des Viehseuchengesetzes vom 26. Juni 1909 (R. G. Bl. S. 519) mit Ermächtigung des Ministers für Landwirtschaft, Domänen und Forsten folgendes angeordnet:

§ 1.

Die Gehöfte des Hermann Knauth, Spergau, Bengelsdorfer Straße 9, Richard Heinze, Spergau, Wendisch Ende 1, Amtsrats von Zimmermann, Benndorf, Landwirts Albert Frauendorf, Knapendorf bilden je einen Sperrbezirk.

§ 2.

Für die Sperrbezirke treten die in den §§ 2—6 meiner Viehseuchenpolizeilichen Anordnung vom 31. Mai 1920 (Ämtlichen Anzeigen Stk. 39 Nr. 267) getroffenen Anordnungen in Kraft.

Merseburg, den 9. Juli 1920.

Der kommissarische Landrat.

J. B.: Kürsten, Kreisobersekretär.

342 Viehseuchenpolizeiliche Anordnung.

Zum Schutze gegen die Maul- und Klauenseuche wird auf Grund des § 18 ff. des Viehseuchengesetzes vom 26. Juni 1909 (R. G. Bl. S. 519) mit Ermächtigung des Ministers für Landwirtschaft, Domänen und Forsten folgendes angeordnet:

§ 1.

Die Gehöfte des Rittergutes in Frankleben-Oberhof und des Rittergutes in Bennsdorf bilden je einen Sperrbezirk.

§ 2.

Für die Sperrbezirke treten die in den §§ 2—6 meiner Viehseuchenpolizeilichen Anordnung vom 31. Mai 1920 (Ämtlichen Anzeigen Stk. 39 Nr. 267) getroffenen Anordnungen in Kraft.

Merseburg, den 10. Juli 1920.

Der kommissarische Landrat.

J. B.: Kürsten, Kreisobersekretär.

343 Viehseuchenpolizeiliche Anordnung.

Zum Schutze gegen die Maul- und Klauenseuche wird auf Grund des § 18 ff. des Viehseuchengesetzes vom 26. Juni 1909 (R. G. Bl. S. 519) mit Ermächtigung des Ministers für Landwirtschaft, Domänen und Forsten folgendes angeordnet:

§ 1.

Die Gehöfte
1. des Landwirts Herm. Haub in Spergau, Wendisch Ende 11,
2. des Landwirts Louis Schladebach in Spergau, Thalstr. 4,
3. der Witwe Koblentz in Spergau, Corbeibaerstr. 11,
4. des Landwirts Otto Kennitz in Altranstädt,
5. der Wolferei in Lennowitz,
bilden je einen Sperrbezirk.

§ 2.

Für die Sperrbezirke treten die in den §§ 2—6 meiner Viehseuchenpolizeilichen Anordnung vom 31. Mai 1920 (Ämtl. Anzeigen Stk. 39 Nr. 267) getroffenen Anordnungen in Kraft.

Merseburg, den 13. Juli 1920.

Der kommissarische Landrat.

J. B.: Kürsten, Kreisobersekretär.

344 Viehseuchenpolizeiliche Anordnung.

Zum Schutze gegen die Maul- und Klauenseuche wird auf Grund des § 18 ff. des Viehseuchengesetzes vom 26. Juni 1909 (R. G. Bl. S. 519) mit Ermächtigung des Ministers für Landwirtschaft, Domänen und Forsten folgendes angeordnet:

- Die Sperrbezirke**
 1. des Landwirts Biege in Oberrieckstedt,
 2. des Landwirts Schmüller in Spergau,
 3. des Otto Kahl in Knapendorf,
 bilden je einen Sperrbezirk.

§ 2.

Für die Sperrbezirke treten die in den §§ 2—6 meiner Viehsuchenpolizeilichen Anordnung vom 31. Mai 1920 (Amtl. Anzeigen Stk. 89 Nr. 267) getroffenen Anordnungen in Kraft.
 Merseburg, den 13. Juli 1920.

Der kommissarische Landrat.

J. B.: Kürsten, Kreisobersekretär.

345 Im Auftrage des Herrn Ministers der geistlichen pp. Angelegenheiten werden die Verkäufer von Mineralwasser im Ausschank hierdurch angewiesen, Getränke, aleichviel ob Cholera droht oder nicht, nur in einem der Trinkwassertemperatur entsprechenden Wärmegrade von etwa 10 Grad Celsius abzugeben.

Merseburg, den 8. Juli 1920.

Der kommissarische Landrat.

J. B.: Kürsten, Kreisobersekretär.

346 **Straßensperrung.**

Das Hochbankett der Provinzialstraße Halle-Weipzig von km 20,1 bis 20,5 wird wegen Lagerung von Kleinspastersteinen gesperrt.

Merseburg, den 10. Juli 1920.

Der kommissarische Landrat.

J. B.: Kürsten, Kreisobersekretär.

347 **Aufstellung der Schöffen-Urlisten.**

Nach § 86 des Deutschen Gerichtsverfassungsgesetzes vom 27. Januar 1877 sind alljährlich Verzeichnisse über die zum Amte eines Schöffen sich eignenden Personen aufzustellen.

Die Magistrate, sowie die Herren Gemeinde- und Gutsvorsteher fordere ich hierdurch auf, die Aufstellung dieser Verzeichnisse, welche zugleich als Urlisten für die Auswahl der Geschworenen dienen, in alphabetischer Ordnung nach dem vorgeschriebenen Muster bis zum 20. August d. Js. zu bewirken, dieselben eine Woche lang öffentlich auszuliegen, nachdem vorher Ort und Zeit der Auslegung bekannt gemacht worden sind, und etwaige Einsprüche entgegenzunehmen.

Nach Ablauf der Einspruchsfrist und jedenfalls bis zum 30. August d. Js. sind die Listen mit den etwa eingegangenen Einwendungen an das betreffende Amtsgericht abzusenden.

Hierbei mache ich ausdrücklich darauf aufmerksam, daß bei der Aufstellung der Verzeichnisse mit der größten Gewissenhaftigkeit zu verfahren ist, insbesondere muß bei jeder in denselben aufgeführten Personen das Alter angegeben werden, auch dürfen die Herren Gemeinde- und Gutsvorsteher es nicht übersehen, sich selbst in das Verzeichnis einzutragen.

Die Bestimmung darüber, welche Personen zu dem Amte eines Schöffen unfähig oder zu demselben nicht berufen werden sollen, steht nicht dem Gemeinde-Vorsteher, sondern dem Ausschusse des Gerichts zu. Es sind daher alle in Betracht kommenden Personen in die Urliste aufzunehmen, auch wenn nach Ansicht des Gemeinde-Vorstehers zum Schöffen

nicht alle acclamati erschienen. Dagegen empfiehlt es sich, dem Gerichtsvorstand solche unacclamati erschienenen Personen durch ein Fragezeichen (?) in der Liste neben dem Namen kenntlich zu machen.

Nachstehend bringe ich die §§ 31, 32, 33 und 34 des Gerichtsverfassungsgesetzes vom 27. Januar 1877 zur Kenntnis: Das Amt eines Schöffen ist ein Ehrenamt. Dasselbe kann nur von einem Deutschen versehen werden.

Untüchtig zu dem Amte eines Schöffen sind:

1. Personen, welche die Befähigung infolge strafrechtlicher Verurteilung verloren haben;

2. Personen, gegen welche das Hauptverfahren wegen eines Verbrechens oder Vergehens eröffnet ist, das die Abertennung der bürgerlichen Ehrenrechte oder der Fähigkeit zur Verkleidung öffentlicher Ämter zur Folge haben kann;

3. Personen, welche in Folge gerichtlicher Anordnung in der Verfügung über ihr Vermögen beschränkt sind.

Zu dem Amte eines Schöffen sollen nicht berufen werden:

1. Personen, welche zur Zeit der Aufstellung der Urliste das dreißigste Lebensjahr noch nicht vollendet haben;

2. Personen, welche zur Zeit der Aufstellung der Urliste den Wohnsitz in der Gemeinde noch nicht zwei volle Jahre haben;

3. Personen, welche für sich oder ihre Familie Armenunterstützung aus öffentlichen Mitteln empfangen oder in den drei letzten Jahren, von Aufstellung der Urliste zurückgerechnet, empfangen haben;

4. Personen, welche wegen geistiger oder körperlicher Verbrechen zu dem Amte nicht geeignet sind;

5. Diensthöten.

Zu dem Amte eines Schöffen sollen ferner nicht berufen werden:

1. Minister;

2. Mitglieder der Senate der freien Hansestädte;

3. Reichsbeamte, welche jederzeit einseitig in den Ruhestand versetzt werden können;

4. Staatsbeamte, welche auf Grund der Landesgesetze jederzeit einseitig in den Ruhestand versetzt werden können;

5. richterliche Beamte und Beamte der Staatsanwaltschaft;

6. gerichtliche und polizeiliche Vollzugsbeamte;

7. Religionsdiener;

8. Volksschullehrer;

9. dem aktiven Heere oder der aktiven Marine angehörende Militärpersonen.

Die Landesgesetze können außer den vorbezeichneten Beamten höhere Verwaltungsbeamte bezeichnen, welche zu dem Amte eines Schöffen nicht berufen werden sollen.

Die Formulare zu den Listen sind nur in der hiesigen Kreisblaudruckeret zu beziehen.

Merseburg, den 7. Juli 1920.

Der kommissarische Landrat.

J. B.: Kürsten, Kreisobersekretär.

348 **Körung von Zuchttieren.**

Mit Rücksicht auf die im Kreise herrschende Maul- und Klauenpeuche wird die Hauptkörung der Zuchttiere bis auf weiteres ausgesetzt.

Merseburg, den 10. Juli 1920.

Der kommissarische Landrat.

J. B.: Dr. v. Gohler.

Merseburger Druck- und Verlags-Anstalt L. Bahl.

Zwangsversteigerung.

Zum Zwecke der Auseinandersetzung hinsichtlich der im Grundbuche von Merseburg Band 69 Blatt 2650 auf den Namen der verstorb. Eheleute Maurer Julius Leonhardt und Wilhelmine geb. Pfandter zu Merseburg je zur Hälfte bezw. im Grundbuche von Merseburg Band 65 Blatt 2545 auf den Namen des Maurers Christian Julius Leonhardt zu Merseburg allein eingetragenen Grundstücke sollen diese wie folgt bezeichneten Grundstücke

A. Merseburg Band 69 Blatt 2650

- Nr. 1. Gemarkung Merseburg, Kartenblatt 16, Parzelle Nr. 546/141, bebauter Hofraum Brauhausstr. Nr. 11, von 3,63 a Größe, Grundsteuermutterrolle Art. 84, Nutzungswert 933 M., Gebäudesteuerrolle Nr. 57.

- Nr. 2. Gemarkung Merseburg, Kartenblatt 6, Parzelle 142, Acker Plan 955, 4,10 a groß, Reinertrag 0,52 Tlr., Grundsteuermutterrolle 84,

B. Merseburg Band 65 Blatt 2545

- Nr. 1. Gemarkung Merseburg, Kartenblatt 6, Par-

zelle 157, Acker Plan 929, 4,10 a groß, Reinertrag 0,58 Tlr., Grundsteuermutterrolle Art. 774,

auf Antrag des Gastwirts Adolf Badelt in Merseburg

am 21. August 1920, vormittags 9 Uhr,

durch das unterzeichnete Gericht — an der Gerichtsstelle — Zimmer Nr. 19 — versteigert werden.

Der Versteigerungsvermerk ist am 7. Mai 1920 in das Grundbuch eingetragen.

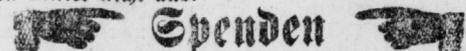
Merseburg, den 20. Juni 1920.

Amtsgericht, Abfl. 1.

Durch die Wiederherstellung der

Fasaneriebrücke

soll ein beliebiger Spazierweg dem Merseburger Publikum wieder erschlossen werden; doch reichen die zur Verfügung stehenden Mittel nicht aus.



nimmt u. a. die Geschäftsstelle dieses Blattes entgegen.